

Die Ostdeutschen Gebiete gehören zu Deutschland als Ganzes

Die Ostdeutschen Gebiete gehören zu Deutschland gemäß Verfassung vom 16. April 1871, Änderungsstand: 28. Oktober 1918.

Erhard Lorenz, zum 16.04.2015

Die Ostdeutschen Gebiete gehören zu Deutschland im Deutschen Reich, wie Berlin die Hauptstadt des Bundesstaates Preußen und des Deutschen Reiches ist, gemäß Verfassung vom 16. April

Und wieder diskutiert man über Ostpreußen unter falscher Flagge und unter falschen Voraussetzungen, so die ohne Beweisgrundlage in die Welt gesetzte Info für den 15. April 2015.

Rußland hatte den Deutschen die Ostgebiete 1955 und 1990 angeboten. Nachfolgend zitiere ich einen Text aus einer Weltnetzzeitung aus Königsberg:

http://www.kaliningrad.aktuell.ru/kaliningrad/im_gebiet/moskau_hat_deutschland_ostpreussen_rueckgabe_angeboten_180.html

Montag, 24.05.2010

Moskau hat Deutschland Ostpreußen-Rückgabe angeboten
Kaliningrad. Sollte das Gebiet Kaliningrad 1990 wieder an Deutschland zurückgehen?
Angeblich hat Moskau die Ostsee-Exklave angeboten, doch Bonner Diplomaten winkten ab.
Die Wiedervereinigung von BRD und DDR war wichtiger.

Der Spiegel berichtet über die sowjetische Offerte, die erst jetzt mit 20jähriger Verspätung bekannt wurde. Demnach ging am 2. Juli 1990 ein geheimes Fernschreiben bei der deutschen Botschaft in Moskau ein. Ein gewisser Generalmajor Geli Batenin bot demnach Verhandlungen über den Status des „nördlichen Ostpreußens“ an (der südliche Teil des Gebiets wurde nach dem Zweiten Weltkrieg Polen zugeschlagen).

Ostpreußen als Zankapfel zwischen UdSSR und Deutschland?

„Dieses Problem wird sich für die Sowjetunion und Deutschland über kurz oder lang stellen“,

zitiert der Spiegel Batenin aus Gesprächen mit Joachim von Arnim, dem Leiter des Politreferats an der Botschaft. Wie genau das Angebot aussah, ist unklar.

Zu der Zeit, als die 2+4-Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands liefen, steckte die Sowjetunion in einer tiefen Wirtschafts- und Versorgungskrise. Die Partei- und Staatsführung unter Generalsekretär Michail Gorbatschow brauchte Milliardenkredite, um Lebensmittel zu kaufen.

Wem kann Rußland nun die Ostgebiete anbieten?

Wir sollten dabei folgendes verstehen.

Wenn von Deutschland gesprochen wird, dann ist das Deutsche Volk gemeint, dieses Volk allerdings schläft und schläft und beschimpft jeden freiheitsliebenden, ehrlich handelnden und heimattreuen Reichs- und Staatsangehörigen zum Nazi, ohne zu wissen warum überhaupt.

Die sogenannte Regierung – alles nur gut bezahlte Marionetten – hat natürlich kein Recht im Sinne Deutschlands (Außengrenzen 31.07.1914) zu verhandeln, denn diese Marionetten werden nur dafür bezahlt ein Volk zu knechten und für USRAEL-Kriege auszuplündern. Womit die Frage zu klären wäre, wem gehören die Ostgebiete, wenn diese von Rußland und Polen nur verwaltet werden. Dies scheint niemand hier in Deutschland zu interessieren, oder? Ja und da wäre natürlich noch Elsaß-Lothringen derzeit durch die Firma Frankreich verwaltet und dann noch die Schutzgebiete. Was nun wertenes Deutsches Volk?

Der 2+4 Vertrag sagt eindeutig aus, daß das vereinte Deutschland, darunter fällt die alte BRD und die DDR. Womit klar ist, daß beide alleine und auch gemeinsam kein Anrecht auf das Deutsche Reich haben. Siehe Artikel 1 Absatz 1 und 3:

[Artikel 1 der Deutschen Verfassung](#)

(1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.

(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.

(3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben.

(4) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden sicherstellen, daß die Verfassung des vereinten Deutschland keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind. Dies gilt dementsprechend für die Bestimmungen, die in der Präambel und in den Artikeln 23 Satz 2

und 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind.

Achtung

Der 4plus2Vertrag (fälschlich 2+4) gilt nur für die vereinten *Banditen-Räuber-Diebe* und nicht für das Deutsche Volk. Es darf erkannt werden, daß 2 nichtmehr existende Gebilde einen Vertrag mit vier Verwaltungsmächte bzw. Besatzungsverwalter abgeschlossen haben und die Juristen, allen voran die Anwälte der BRD sind begeistert, was dazu führte daß in den Jahren danach eine Menge Nazigesetze in Kraft gesetzt werden konnten. Welche Anwälte und Juristen sind das?

Das vereinte Deutschland ist nicht Deutschland als Ganzes und hat in dieser und der vorhergehenden Variante keine Weltkriege geführt, die eine Existenz als Staat beweisen könnten oder eine ehemalige Teilung nachweisen können.

Eine Wiedervereinigung wäre das Deutsche Reich in den Grenzen zum 31.07.1914 gewesen.

Darum ist auch der neue Artikel 146 in dem "ungültigen" Grundgesetz noch enthalten, ich zitiere: Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Es steht somit geschrieben, daß die Einheit und Freiheit Deutschlands (das wäre die Wiedervereinigung) immer noch zu vollziehen ist und daß das Grundgesetz nicht mehr in Kraft ist, wenn eine Verfassung in Kraft tritt. Dies geschah am 29. Mai 2008 durch die Erschaffung des Volks-Bundesrathes und ist ein unumstößlicher juristisch korrekter Staatsakt.

Am 15. April 1912 sank die Titanik, damals sagte man ein unsinkbares Schiff. Mit der echten Wiedervereinigung Deutschlands, würde eines der korruptestens Nazi-Arbeitslager der Welt sinken, die BRD und die damit verwobene Hochfinanz.

Am 16. April 1871 wurde die Deutsche Reichsverfassung für das gesamte damals bestehende Deutsche Reich inkraft gesetzt. Zitat:

Als Bismarcksche Reichsverfassung wird die Verfassung des Deutschen Kaiserreichs vom 16. April 1871 bezeichnet, die ursprünglich als Verfassung des Deutschen Bundes (DBV) vom 1. Januar 1871 in revidierter Fassung aus der am 16. April 1867 ausgearbeiteten Norddeutschen Bundesverfassung (NBV) hervorging. Der offizielle Titel lautete nun: Verfassung des Deutschen Reichs (RV 1871).

Der Bundesrath war die Vertretung der Bundesstaaten; das Präsidium (den Vorsitz) des Bundesraths hatte der König von Preußen inne, der dadurch den Titel Deutscher Kaiser trug.

Der Kaiser setzte den Reichskanzler ein, der zu einer der maßgeblichen Instanzen des politischen Systems sowohl hinter den Kulissen als auch in der öffentlichen Wahrnehmung wurde. Reichsgesetze brauchten die Zustimmung zweier Organe, nämlich des Bundesraths und zusätzlich des Reichstags. Zitat aus <https://www.verfassung-deutschland.de> Artikel 5: Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrath und den Reichstag. Die Übereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen ist zu einem Reichsgesetze erforderlich und ausreichend.

Achtung:

Alle Gesetze die ab dem 29.10.1918 auf deutschem Boden irgendwie in Kraft gesetzt wurden haben immer einen Verfassungsverstoß als Grundlage, denn entweder der Bundesraths- oder der Reichstagsbeschluß fehlte. So bei den Weimarern, Führerstaatlern, Nazis, BRDler, DDRlern und BRDDDRvDlern. Demgemäß hatten 6 Fremdverwaltung die volle Souveränität über deren inneren und äußeren Angelegenheiten.

Dieser Mangel wurde in Deutschland am 23.05.2009 durch die Proklamation des Reichstages behoben und wird heute am 16. April 2015 nochmal klargestellt. Es gilt ohne Zweifel, für die *BRD-Vasallen*, die sogenannten Polen, die Verfassungsinitiativen, die *BRD-Firmen*, *BRD-Parteien*, *BRD-Polizei*, die Landes- und Hochverräter aus den vielen Gruppierungen, die Gaukler und Scharlatane, die Staatenlosen, und *Gelbeschein-Bürger*, die *Freistaatler* und die *Nichtdeutschen*, *Nazis*, *Neonazis*, *Antifas* und den Rest der Welt, die Deutsche Reichsverfassung,

<https://www.verfassung-deutschland.de>

(Sogar die BRD kennt diese Situation, siehe Artikel 123 des "nicht mehr gültigen" GG.)

Zusatzbemerkung zur Weimarer Verfassung:

Ein Fremdverwaltungsverfassung kann keine souverän in Kraft gesetzte Verfassung außerkraft setzen. Wäre es doch so, dann müßte ja das Deutsche Volk gemäß dem Versailler Schanddiktat, keine Kriegsschulden, keine Besatzungskosten oder sonstige Kosten für den verlorenen 1.WK bezahlen, siehe Besatzungstatut und Kosten gemäß dem "nicht mehr gültigen" GG Artikel 120, Zitat: Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen usw.

Wäre die Deutsche Reichsverfassung nicht mehr in Kraft, dann gäbe es kein Volk das für die oben genannten Zahlungen verpflichtet wär und wir wären seit 1919 ein Volk ohne Staat, das für keinerlei Zahlungen verpflichtet wäre.

Meine Frage zum Grundgesetz im allgemeinen:

Wie läßt sich das erklären, daß die gesamten Juristen, Parteien und Politiker der BRD notfalls mit Polizeigewalt, das Grundgesetz als gültige Verfassung erzwingen und sich somit auf

längere Sicht das eigene Grab schaufeln, denn wer Unschuldige kriminalisiert, verfolgt und zur Lüge zwingt, wird irgendwann selbst der Verfolgte sein. Es sei denn daß diese Damen und Herren so skrupellos sind um den eigenen Nachwuchs zu mißbrauchen.

Die wichtigsten tatsächlich geltenden Gesetze im freien und souveränen Deutschland sind zu finden:

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rvgl/archiv/>

https://de.wikisource.org/wiki/Kategorie:Deutsches_Reichsgesetzblatt

<https://deutscher-reichsanzeiger.de/amtsblatt/>

Die Dokumente für Reichs- und Staatsangehörige sind zu finden:

<https://www.deutsche-reichsdruckerei.de>